

Zeitschrift: Freidenker [1908-1914]
Herausgeber: Deutsch-Schweizerischer Freidenkerbund
Band: 21 (1913)
Heft: 18

Artikel: Arbeiterschaft und Kirche
Autor: Lehmann-Rutzbüldt, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-406370>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wissen wieder in seine Rechte gesetzt. Wer aus der Kirche ausscheidet, hat keinen Grund, deswegen in eine andere ähnliche kirchenartige oder überhaupt die Religionspflege sich zur Aufgabe stellende Gemeinschaft einzutreten. Das ist ganz seine rein persönliche Angelegenheit. Nur von der staatlich reglementierten, polizeilich vorgeschriebenen Institution der Zwangsüberzeugung freizukommen und ihr weder moralischen noch materiellen Rückhalt zu bieten, das muß für jeden Sozialdemokraten, der nicht mehr kirchengläubig ist, ein Ziel sein, das er unter allen Umständen zu erreichen suchen muß. Und was ist leichter, zumal für die meisten Sozialdemokraten, als der Austritt aus der Kirche! Dieser Massenstreik gegen die Kirche macht wirklich keine Schwierigkeiten. Er ist umso wirksamer, je weiter er fortschreitet. Und eine Gegenwirkung ist ganz unmöglich. Im Gegenteil, die Kirche muß in äußerster Bedrängnis kommen. Je mehr Steuerzahler sie verliert, umso mehr muß sie die übrigen belasten. Denn deshalb, weil Hunderttausende aus der Kirche austreten, vom Staate fordern, daß er zu den ca. 80 Millionen Mark, die die Kirche heute im Reiche an staatlichen Zuschüssen erhalten, noch weitere Dutzende Millionen Mark zulege, das wäre denn doch ein zu toller Zustand, gegen den die dann sehr viel zahlreicheren Konfessionslosen den erfolgreichsten Widerstand leisten könnten.

Also hier ist ein Werk, das getan werden kann ohne Opfer, fast ohne Arbeit, nur mit Erfolg. Tun wir's!

Arbeiterschaft und Kirche.

Von Otto Lehmann-Rußbüldt (Verlin).

Im 1. Januarheft 1913 des „Freien Worts“ wies der Sekretär des Komitees „Konfessionslos“ darauf hin, daß das Komitee überraschenderweise bei der Kirchenaustrittspropaganda in weiten Kreisen der politisch organisierten Arbeiterschaft auf heftigen Widerstand stieß. Nicht nur in dem Sinne, daß die sozialdemokratische Partei offiziell den Kirchenaustritt nicht propagiert (was sie mit Recht als politische Partei ablehnen muß!), sondern in dem Sinne, daß ihre Verwaltungsorgane Parteimitglieder, die als Vertrauensmänner des Komitees tätig waren, zur Verantwortung zog. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erdmann wurde an der Abhaltung von öffentlich angekündigten Vorträgen gegen die Kirche gehindert, bereits gedruckte Freidenker-Flugblätter, die auf dem vorjährigen Katholikentag verteilt werden sollten, wurden zurückgehalten. Diese Sprödigkeit der sozialdemokratischen Partei besteht nicht nur in katholischen Gegenden, wo sie noch einen Anschein von Berechtigung hat, sondern auch in dem sehr aufgeklärten Hamburg, wo der Kirchenaustritt kostenlos ist und die Arbeiterschaft leicht durch einen Massenaustritt Wunder wirken könnte.*)

Indessen scheint in der sozialdemokratischen Partei langsam eine Wandlung einzuhalten. Und der Standpunkt, den die Parteiführer längst mit uns vertraten, legt Peus wieder einmal mit Klarheit und Schärfe dar. Wir unterstützen seine Ausführungen, indem wir aus dem ersten Septemberheft der Frankfurter Halbmonatschrift „Das Freie Wort“ einen Aufsatz unseres geschätzten Mitarbeiters Otto Lehmann-Rußbüldt mitteilen, der das Komitee „Konfessionslos“ als sein Sekretär zu trefflichen Erfolgen geführt hat.

* * *

*) Es muß der Arbeiterschaft vorgehalten werden, daß in Hamburg über 20 Volksschullehrer und zahlreiche Staats- und Reichsbeamte aus der Kirche ausgetreten sind, während die Arbeiterschaft sich die geistige Anebelung ihrer Jugend durch die Kirche weiter gefallen läßt.

In den Erörterungen über den Massenstreik hat im „Vorwärts“ vom 25. Juli 1913 Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht am Ende einer längeren Ausführung gesagt, daß man mit Straßendemonstrationen und Versammlungen für die Erringung eines anderen Wahlrechts in Preußen „schon längst nicht mehr weiter“ käme. Aber: „Im Austritt aus der Landeskirche und im Boykott der Kircheneinrichtungen erblicken wir noch nicht genug geübte Machtanwendungen, deren Wert nicht unterschätzt werden darf.“

Die Arbeiterschaft muß sich sagen lassen, daß sie bisher im Freiheitskampf gegen die Kirche hinter dem aufricht stehenden und modern denkenden Teil des Bürgertums zurücksteht. Der Kirchenaustritt im Bürgertum weist eine ungleich höhere Beteiligung als in der Arbeiterschaft auf. Wenn die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Kirche aufnehmen würde, so wäre sie darin des Erfolges und Beifalls sicher, wie seinerzeit bei der Ixer Feinze, wo selbst der freikonservative Professor Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ von dem „glänzenden Feldzuge der Sozialdemokratie“ gegen den mittelalterlichen Geist des Zentrums sprach. Delbrück sagte damals noch:

„... daß wir diesen Sieg der Sozialdemokratie verdanken und die deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus sich nicht aus eigener Kraft haben behaupten können. Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Hintergrund ab, aber den Sieg verlieh erst die Entschlossenheit und die taktische Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen! Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können.“

Für die Bedeutung des Kampfes gegen die Kirche genügt das eine Wort: Schule! die Kirche hat die Schule noch zu neun Zehntel in den Krallen. Der Kirchenaustritt stellt das freieste Wahlrecht der ganzen Welt dar, da jeder Preuze männlichen und weiblichen Geschlechts vom vierzehnten Jahre an jeden Tag seine Stimme dafür abgeben kann, daß er den Einfluß der Kirche auf sein Denken und Handeln abweist. Durch einen Massenaustritt des Volkes würde der preussische Staat vor die Notwendigkeit der Lösung des Problems „Trennung von Kirche und Staat und Trennung von Kirche und Schule“ gestellt und zur Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht (die nicht einmal in Oesterreich besteht!) gezwungen. Dadurch würde der Stein ins Rollen kommen und eine geistige und soziale Neugeburt eingeleitet werden, deren Entscheidungsschlachten zuletzt von den politischen Parteien in den Parlamenten geführt werden müssen. Die Kreise des Komitees „Konfessionslos“ erblicken in der Kirchenaustrittsbewegung nicht den entscheidenden Faktor im inneren Freiheitskampf gegen Kirche und Reaktion überhaupt, wohl aber sind sie der festen Ueberzeugung, daß der Kirchenaustritt ein unüberstehlicher Sturmbock ist, der Bresche an der moralischsten Stelle der feindlichen Machtstellung legen kann.

Denn die Kirchenbesuchs-Statistik des Komitees „Konfessionslos“ beweist, daß wenigstens für den evangelischen Bevölkerungsteil Deutschlands von einem religiös-kirchlichen Leben nicht mehr die Rede sein kann. Selbst die protestantische Landbevölkerung weist nur einen Kirchenbesuch bis zu 3 Prozent auf. Für Frankreich hat eine Kirchenbesuchs-Statistik der „Revue des deux mondes“ ebenfalls einen außerordentlich starken Rückgang des kirchlichen Lebens bewiesen. Desgleichen ist in England ein solcher Rückgang konstatiert (siehe „Freies Wort“). Das „Kirchliche Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands für 1912“ stellt sogar einen

auffälligen Theologenmangel fest. Für 1910 ist in Preußen der Zugang zum Predigeramt mit rund 100 hinter dem normalen Bedarf zurückgeblieben. Das Jahrbuch stellt weiter fest, daß von den 27 wahlfähigen Predigteramtskandidaten von 1910, die auf Ostpreußen fallen, sich 23 im Schuldienst befinden. „Natürlich nicht, weil sie im Kirchendienst keine Verwendung fänden, sondern weil sie, wenigstens der großen Mehrzahl nach, für den Kirchendienst überhaupt verloren sind.“ Bezeichnend ist ferner folgende Auslassung des Jahrbuchs: „Auf die Dauer unhaltbare Verhältnisse liegen in Mecklenburg und den meisten thüringischen Landeskirchen vor. In Sachsen-Noburg-Gotha hat man seit Jahren alles genommen an Anwärtern für das geistliche Amt, was nur irgendetwas aufzutreiben war.“ Zeitungsnachrichten zufolge ist allerdings die Zahl der Studenten der evangelischen Theologie Sommer-Semester 1913 wieder auf 3885 gestiegen, nachdem sie bis Ostern 1912 jahrelang unter 3000 geblieben war. (1890 noch 4536, von 1900 bis 1911/12 weit unter 3000 bis 2277 herunter.) Das „Kirchliche Jahrbuch“ hat diese Steigerung vorausgesehen. Weshalb? — „1. wegen der Ueberfüllung aller anderen akademischen Berufsarten; 2. „Man durfte hoffen, daß die bessere Dotierung der Pfarrgehälter seit 1909 einen gewissen Anreiz bieten werde“. Daß auch die katholische Kirche dem Theologennachwuchs nur durch bare Unterstützung geeigneter Zöglinge aus dem Volke abhelfen kann, ist eine längst bekannte Tatsache. Es steht fest, daß die evangelischen Bevölkerungsschichten nur in verschwindendem Maße in die Kirche gehen, daß auch die katholischen Kirchgänger sich zumeist aus Frauen und Kindern und Männern vorgerückten Alters rekrutieren, und daß der Zudrang zum Pfarramate trotz der damit verbundenen Versorgung nicht mehr dem Bedürfnis genügt. Das Leben der Kirche ist nur noch ein Scheinleben.

Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft durch ihre Beteiligung am Freiheitskampfe gegen die Kirche eine kulturelle Tat vollbringen würde, die der Bedeutung der Reformation für Deutschland gleichkäme und die in ihren Folgerungen, wenn sie tatkräftig weitergeführt wird, zu der geistigen auch die soziale Neugeburt bringen würde, hat die Arbeiterschaft auch unmittelbare Vorteile von einer durchgreifenden Beteiligung an der Kirchenaustrittsbewegung.

Das geht hervor aus einer Darlegung über die Bedeutung der Kirche als wirtschaftlichen Faktors im Staatsorganismus. Annähernd erschöpfende Zahlen sind darüber nicht zu erlangen. Seit langer Zeit versucht das Komitee „Konfessionslos“, das Vermögen der christlichen Kirchen zu erfassen. Es stieß dabei auf die Tatsache, daß die Kirche absichtlich keinen Lichtstrahl in ihre Schatzkammer hineinfallen läßt. Das oben erwähnte „Kirchliche Jahrbuch“ läßt eine klare Nachweisung der in Deutschland aufgebrauchten Kirchensteuern vermissen. Bei den Vorbereitungen für die Reichsfinanzreform 1909 ist zum ersten und einzigen Male in amtlicher Weise eine Statistik erfolgt, die einen ungefähren Anhalt über die laufenden Einnahmen der Kirchen in Deutschland gibt. Eine amtliche Kundfrage an sämtliche Kirchengemeinden ergab, daß 1907 an Kirchensteuern insgesamt 65 239 923 Mark einkamen. Davon entfielen auf Preußen 47 853 596 Mark. 1907 waren im preussischen Etat 222 Millionen an Einkommensteuer angesetzt. Im Etat für 1913 beträgt das Einkommensteuerjoll für Preußen 379 Millionen. Da die Kirchensteuer im bestimmten Verhältnis zur Einkommensteuer steht, und da z. B. in Berlin seit 1907 die Kirchensteuer von 15½ Prozent auf 20 Prozent Zuschlag der Einkommensteuer erhöht worden ist, so ergibt sich bei nur gleicher Steigerung des Verhältnisses zwischen Kirchensteuer (für Evangelische,

Katholiken und Israeliten) von mindestens 82,4 Millionen. Nimmt man an, daß auch im Reich das Verhältnis dasselbe geblieben ist, so ergibt sich für Deutschland im Jahre 1913 ein Ertrag an Kirchensteuern von allermindestens 112 Millionen.

In der betreffenden Statistik des Reichstags (Reichstag 1907/09, Anlage 1035) ist ausdrücklich bemerkt: „Die Befragung (an die Kirchengemeinden) beschränkte sich auf die Erträge der Steuer und sonstigen Abgaben, soweit sie in Geld erfolgen. Auf die Erkundung der zahlreich vorkommenden Naturalabgaben, sowie der Einkünfte aus dem Kirchenvermögen*) mußte in Rücksicht auf die außerordentlich große Mannigfaltigkeit der in Betracht kommenden Verhältnisse verzichtet werden. Neben den Steuern, Vermögenseinkünften und obligatorischen Naturalabgaben kommen in sehr erheblichem*) Maße Gebühren sowie freiwillige Beiträge in Betracht. Die wiedergegebenen Ziffern stellen daher keineswegs die Gesamteinnahmen der Kirchengemeinden dar. Diese sind vielmehr erheblich höher,*) jedoch läßt sich ihre Summe nicht einmal schätzungsweise angeben.“**)

Daß durch diese amtliche Statistik ein „sehr erheblicher“ Teil der Einnahmen der Kirche nicht erfasst ist, geht aus folgender Ueberlegung hervor. Nach der Reichsstatistik von 1907 kamen in Bayern für die Evangelischen an Kirchensteuern ein 875 186 Mark und für die Katholiken nur 705 440 Mark. Da nun Bayern ein zu zwei Dritteln katholisches Land ist, so ersieht man, welche anderen Einkünfte die katholische Kirche in Bayern haben muß. Außer Steuern und anderen Einnahmen hat die Kirche Staatszuschüsse. Der Zuschuß des Staates in Bayern für beide Kirchen zusammen betrug 12 Millionen, in Preußen betrug er 1913 rund 40½ Millionen. Man sieht daraus, daß der Zuschuß des Staates einen weiteren wesentlichen Teil der Kircheneinnahmen darstellt, ohne daß durch die Summe von Kirchensteuern und Staatszuschuß die laufenden Einnahmen der Kirchen erschöpft sind. Das „Kirchliche Jahrbuch“ stellt fest, daß 1910 aus Kollekten für die evangelische Kirche 1 962 352 Mark und an Schenkungen und Vermächtnissen 4 650 416 Mark eingingen sind. Für die katholische Kirche sind mindestens 25 Millionen jährlich an Einnahmen aus Testamenten festgestellt.

Die bescheidenste Aktiengesellschaft ist gesetzlich verpflichtet, jährlich über ihre aus privatem Kapital aufgebrauchten Gelder in großen Zeitungen Rechnung zu legen. Die Kirche läßt die aus öffentlichen Mitteln (Steuern und Staatszuschüssen) aufgebrauchten Hunderte von Millionen in der Weise unsichtbar werden, daß selbst der Herausgeber des „Kirchlichen Jahrbuchs etc.“ schreiben muß (S. 378): „Wenn beides (Steuerjoll und landeskirchliche Fonds) sich zueinander verhält, können wir leider nicht rechnermäßig darlegen, da Veröffentlichungen über die Verwendungen der aus landeskirchlichen Fonds geleisteten Zuschüsse nicht vorliegen.“

Man sieht aus allem, daß man hier so gut wie im Dunkeln tappt, daß man jedoch für die Gesamteinnahmen der Kirchen in Deutschland aus Steuern und Staats-

*) Vom Verfasser gesperrt.

***) Die umfassendste Arbeit auf diesem Gebiete aus neuerer Zeit von Dr. Adolf Hellmeht „Das kirchliche Finanzwesen in Deutschland“, Karlsruhe 1910, räumt die bestehenden Schwierigkeiten offen ein und weist als 3. Erklärungsgrund hin (S. 20) „auf den Mangel einer eingehenden Statistik. Ansätze zu einer solchen sind erst aus der neuesten Zeit zu begründen. . . . Eine Statistik des Kirchenvermögens für Deutschland fehlt noch gänzlich, wie mir auf eine Anfrage von dem kgl. Preuß. Statist. Amt bestätigt ist. Hier wirkt eine allerdings historisch unschwer zu erklärende Scheu vor der öffentlichen Preisgabe der Verhältnisse entgegen, die namentlich und nicht mit Unrecht der katholischen Kirche nachgesagt wird. . . .“

zuschüssen allein gegen 200 Millionen jährlich ansetzen kann, daß aber diese Summe vielleicht noch um das Doppelte übertroffen wird aus Einnahmen, die sich nicht einmal schätzungsweise erfassen lassen und die trotzdem durchaus nicht als Phantastiegebilde hingestellt werden können.

Was leistet nun die Kirche an allgemeiner Kulturarbeit dafür, und was leistet sie insbesondere der Arbeitererschaft an sozialer Wohlfahrtspflege dafür? So gut wie nichts! Das ist ein außerordentlich hartes Urteil, es ist aber trotzdem nicht durch Gehässigkeit diktiert, sondern geht aus Tatsachen hervor, die offen vor aller Welt liegen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Kirche in vergangenen Jahrhunderten auch eine soziale und kulturelle Bedeutung außer der Pflege des religiösen Gemeinlebens gehabt hat. Man kann ihr alles darin zugestehen, was sie für sich beansprucht, aber klar beweisen, daß sie für heute diese Bedeutung so gut wie gänzlich verloren hat. Anlässlich unserer Kirchenbesuchsstatistik wiesen wir bereits nach, daß die Organisationen, die sich das Volk selbst geschaffen hat, rein quantitativ für das Bildungsbedürfnis und für das Bedürfnis nach Kunstgenuß mehr leisten, als die evangelischen Kirchen an religiösem Andachtsleben noch bieten. Ein einziger Blick in das von Professor Dr. M. Neefe herausgegebene „Statistische Jahrbuch deutscher Städte“ zeigt, daß die Kommunen an Fürsorge für Krankenhäuser, Waisenpflege und Armenpflege die Leistungen der Kirche um ein unendlich Vielfaches übertreffen. Es ist ganz gleichgültig, welche Zahl man hierfür nennt. Die Einnahmen der Kirche gehen hauptsächlich eben dahin, um den Apparat an Geistlichen und Kirchenbeamten aufrecht zu erhalten. Die Berliner Stadtsynode hat für 1913 einen Etat von 5,3 Millionen. Dieser geht fast ganz drauf für die Gehälter und Schuldenverwaltung. Die größte Wohlfahrtseinrichtung der Kirche in Berlin, die noch nennenswert ist, ist der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein, der eine unentgeltliche Hauspflege für Kranke organisiert hat. Dieser Verein hat für 1910 mit einem Aufwand von 118 117 Mark (die natürlich durch Vereinstätigkeit und nicht etwa aus dem Etat der Kirche aufgebracht sind) 135 Diakonissen unterhalten, die in 3271 Familien gepflegt haben. 135 Diakonissen stellen bei 73 Kirchen, 33 Kapellen und 244 Predigern das Rückgrat der kirchlich-evangelischen Liebestätigkeit für einen Volksorganismus von 3 Millionen dar, denn die Zahl von 135 gilt für Groß-Berlin und nicht für Berlin allein! Ein weiterer Blick in das Verzeichnis der „Nichtstädtischen Wohltätigkeitsanstalten und Vereine“ (Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 32. Jahrgang) beweist, daß die Zahl und die materielle Aufwendung der von allgemeinen Humanitätsempfindungen getragenen Gesellschaften größer ist als die der spezifisch kirchlich-christlichen Vereine. Die Einbuße, die die öffentliche Wohlfahrtspflege also erfahren würde, wäre viel größer, wenn die Vereine verschwänden, die existieren würden, auch wenn es nie eine christliche Kirche gegeben hätte, als wenn die christlichen Vereine eingehen würden, deren Aufwendungen unverhältnismäßig hoch erkauft sind, wenn man bedenkt, daß für das bißchen Liebestätigkeit der ungeheuer teure Apparat der Kirche notwendig ist. Man hört stets auch nur von dem Kampf der Kirche um die Schule. Wer hat schon je gehört von einem Verlangen der Kirche, das Armenwesen der Städte übernehmen zu wollen?

Nach dem „Altheist“ (1913, Nr. 28) hielt in der Duma der Sozialdemokrat Tschewski eine Rede, die zu seiner Ausschließung für 5 Sitzungen führte. Er wies nach, daß die russischen Metropolen ungeheure Einkünfte haben, von 81 000 bis 295 000 Rubel. Russische Klöster besitzen bis zu 66 000 Hektar. 1902 wurden an Tauf-,

Bestattungs- und Trauungsgebühren erhoben 13,9 Millionen Rubel, durch Kirchenkollekten 16 247 692 Rubel, ferner durch Kuratorien z. T. für verarmte Geistliche 15,2 Millionen Rubel. 1902 unterhielt die russische Geistlichkeit im ganzen Reich 248 Spitäler mit 2824 Kranken und 1027 Armenhäuser mit 12 762 Insassen. Darnach muß man in einem Armenhaus der russischen Kirche ein wahres Sybaritenleben führen können.

Jeder Arbeiter, der bis 3 zählen kann, frage sich, wieviel die deutsche Arbeiterschaft zu den 112 Millionen an Kirchensteuern beiträgt, die zurzeit jährlich in Deutschland aufgebracht werden. Es ist ein weiterbreiteter und von der Kirche sehr gern gesehener Irrtum, daß die minder bemittelten Volksklassen so gut wie keine Kirchensteuer zahlen. Ebenso wie die 379 Millionen an Staatseinkommensteuer in Preußen zu $\frac{1}{3}$ zirka von Zensiten bis 3000 Mark Einkommen aufgebracht werden, werden auch die Kirchensteuern zu einem ganz erheblichen Prozentsatz von Minderbemittelten aufgebracht. In Neufölln z. B. zahlen Personen mit 1350 Mark Einkommen 16 Prozent der Staatssteuer an Kirchensteuer; Personen mit 1500 Mark Einkommen zahlen 20 Prozent. In Neufölln werden 69,03 Prozent der Einkommensteuern von Zensiten mit 900 bis 3000 Mark Einkommen aufgebracht. In diese Kategorie fallen so gut wie alle organisierten Arbeiter Neuföllns. In Westfalen, Rheinland und Ostpreußen gibt es eine Reihe sehr großer Städte (Böckum, Gelsenkirchen u. a.), in denen bis zu 60 und 70 Prozent der Staatseinkommensteuer an Kirchensteuer aufgebracht werden muß. Daran ist die Arbeiterschaft in sehr wesentlichem Maße beteiligt. Man kann behaupten, daß die Arbeiterschaft noch heute, trotz der erfolgten Kirchenaustritte mehr für die Kirche an Steuern zahlt, als sie für ihre politischen Organisationen freiwillig aufbringt. Das tut die organisierte Arbeiterschaft für eine Körperschaft, die ihr offen und versteckt als Feind entgegentritt. Daher würde die Arbeiterschaft durch einen Massenkirchenausritt einmal ihre materiellen Mittel um den Betrag der bisher gezahlten Kirchensteuern vermehren können, und andererseits, und das ist die Hauptsache, eine Kulturtat vollbringen, die für immer mit ehernen Lettern in der Geschichte der Menschheit verzeichnet sein wird.

August Bebel als Freidenker.*)

Täuscht aber nicht alles, so beginnt das zwanzigste Jahrhundert wieder mit einem Kampf gegen Kirchen und Dogmentum und gegen die Annahmungen eines herrschsüchtigen Priestertums, das wieder seine Zeit gekommen glaubt, um dem Volk den Fuß in den Nacken setzen zu können. Aber die immer weiter in die Massen eindringenden Resultate der Naturwissenschaften und der Geschichtsschreibung und die Erkenntnis der ökonomischen Tatsachen, die allen religiösen Theorien Hohn sprechen, bereiten den Boden, auf dem ein neuer Kulturkampf entsteht, der jedoch von der Halbheit des bürgerlichen Kulturkampfes ebenso weit entfernt ist als die bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen von den sozialistischen Zielen.

August Bebel
im Vorwort zu „Christentum und Sozialismus“.

Aber ich habe mich ein bißchen mit Kulturgeschichte und Naturwissenschaften beschäftigt und danach gefunden, daß für ein denkfähiges und mit den Forschungen und Entdeckungen der Naturwissenschaften einigermaßen vertrautes Hirn es recht schwer sein muß, an das Christentum als das „Beste und Vollkommenste“ zu glauben. Die Tatsachen, welche die Naturwissenschaft über die Entstehung und das Alter der Erde, über die Entstehung und Entwicklung der Menschen in unwiderruflicher Weise festgestellt haben, rauben dem Christentum den Boden, auf dem es steht, und bringen es zu Falle.

August Bebel
„Christentum und Sozialismus“.

*) Zusammengefaßt im Mitteilungsblatt der Berliner Freireligiösen Gemeinde „Die freie Gemeinde“.